

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**bremen.online in öffentlich-gesellschaftlicher Partnerschaft entwickeln**

Die Präsenz im Internet ist für alle öffentlichen Institutionen, für Gesellschaften, Vereine wie Betriebe zu einem entscheidenden Kommunikationsinstrument geworden — nach außen wie nach innen. Bremen hat dies mit der Entwicklung des Stadtinformationssystems bremen.online frühzeitig wahrgenommen. Für das Land Bremen und die Städte Bremerhaven und Bremen verbinden sich dabei immer stärker die attraktive Information über das Land Bremen mit Erhöhung der Transparenz, schnellerer Kommunikation und verbesserten Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte. Die Gestaltung und Entwicklung eines solchen Informationssystems unter der zentralen Adresse www.bremen.de ist damit inzwischen zu einem Kernbereich staatlichen und gesellschaftlichen Handels des Gemeinwesens geworden. Es darf daher weder nur staatlich betrieben noch privatisiert, sondern muss in öffentlicher und gesellschaftlicher Partnerschaft betrieben werden. Dafür müssen jetzt die Grundlagen geschaffen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- Pläne zur gänzlichen oder teilweisen Veräußerung des Informationssystems bremen.online nicht mehr weiterzuverfolgen;
- zu prüfen, wie die Kosten für die Pflege und Entwicklung des Informationssystems bremen.online dadurch verringert werden können, dass regional geprägtes Sponsoring und teilweise Entgelterhebung für die Nutzung kommerziell ausgerichteter Teilangebote eingebaut werden;
- der Bürgerschaft (Landtag) einen Vorschlag für die Einrichtung eines Medienrates vorzulegen, der in Partnerschaft staatlich/öffentlicher Belange und vielfältiger gesellschaftlich/privater Interessen die Entwicklung des Stadtinformationssystems bremen.online begleitet und in Fragen der Gestaltung, redaktionellen Grundsatzfragen, der Gewährleistung der Zugangsmöglichkeit aller Bürgerinnen und Bürgern und beim Ausgleich von Interessen berät und kontrolliert.

Anja Stahmann, Dr. Kuhn, Dr. Helga Trüpel,
Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen